

# Grußwort des Präsidenten

Sehr geehrte Mitglieder,

es ist mir eine große Freude, meinen ersten Leitartikel als neu gewählter Vorsitzender des Vereins der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments an Sie richten zu dürfen. Wie ich bereits im Rahmen meiner Kandidatur angekündigt habe, würde ich mit Ihnen gerne Wege erarbeiten, wie wir noch wirksamer auf dem aufbauen können, was wir als Mitglieder erreicht haben, indem wir das Europäische Parlament in die Riege der wichtigsten Akteure in einem demokratischen Europa gehoben haben. Ich möchte neue Mittel und Wege prüfen, die uns dabei behilflich sein können, das Profil des Parlaments noch weiter zu schärfen.

Ich möchte den vielen Kolleginnen und Kollegen danken, die im Mai nach Brüssel gereist sind, um an der jährlichen Mitgliederversammlung teilzunehmen. Mein Dank gilt aber auch denjenigen, die ihre Stimme durch einen Bevollmächtigten abgegeben haben. Im Namen des neuen Ausschusses möchte ich Ihnen meinen Dank für das in uns gesetzte Vertrauen aussprechen.

Ganz besonders möchte ich an dieser Stelle Enrique Barón Crespo würdigen, der dem Verein der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments als Vorsitzender in den vergangenen vier Jahren große Dienste geleistet hat. Mit seiner hingebungsvollen Arbeit und seinem persönlichen Engagement hat er für die Außenwirkung des Vereins und dessen Ansehen und Zukunftsvision Großartiges geleistet.

Im Namen unserer Mitglieder möchte ich dem scheidenden VEM-Vorstandsmitglied Andrea Manzella meinen besonderen Dank für die Jahre aufopferungsvoller Arbeit und den Eifer und die Hingabe, mit denen er seine Aufgaben als Mitglied des Redaktionsausschusses und als Abgesandter des VEM in der Europäischen Vereinigung ehemaliger Abgeordneter versehen hat, aussprechen. Bei dieser Gelegenheit möchte ich auch das neu gewählte Ausschussmitglied Jean-Pierre Audy aufs Herzlichste willkommen heißen.

Schwerpunkt dieser Ausgabe ist die künstliche Intelligenz, ein Thema, über das in unserer Gesellschaft derzeit viel gesprochen wird. Die Digitalisierung ist in den vergangenen Jahren zügig vorangeschritten und hat sich rasant entwickelt. Was, wenn die nächste digitale Revolution unter dem Stern der künstlichen Intelligenz steht? Da die künstliche Intelligenz ein vielschichtiges Thema ist, das eine breite Palette von Standpunkten und Blickwinkeln umfasst, haben wir unsere Kollegen und fachkundige Experten um Beiträge ersucht, die uns dabei behilflich sind, zu einem besseren Verständnis des Themas zu gelangen.

Den Tätigkeiten des VEM wie dem Programm „EP to Campus“, unserer Zusammenarbeit mit dem Europäischen Hochschulinstitut und dem Netzwerk ehemaliger Mitglieder ist in dieser Ausgabe ein eigener Abschnitt gewidmet. Darüber hinaus wirft diese Ausgabe ein Licht auf die Veranstaltungen des VEM im Mai.

Am 2. Mai 2018 veranstaltete der VEM gemeinsam mit der Forschungsstelle des Europäischen Parlaments (Generaldirektion Wissenschaftlicher Dienst – EPRS) ein Informationsseminar zu dem Thema „Politische Kommunikation im Rahmen der bevorstehenden Wahl zum Europäischen Parlament“. Den Vorsitz führte der damalige Vorsitzende, Enrique Barón Crespo. Den amtierenden und den ehemaligen Mitgliedern wurde die Gelegenheit geboten, an einer Aussprache mit prominenten Rednern teilzunehmen. Dazu gehörten die Vorsitzende des Ausschusses für konstitutionelle Fragen (AFCO), Danuta Hübner, der Vorsitzende des Vereins der ehemaligen Mitglieder des Kongresses der Vereinigten Staaten, Cliff Stearns, und der Sprecher des Europäischen Parlaments und Generaldirektor der GD Kommunikation, Jaume Duch Guillot.

Im Anschluss an diese aufschlussreiche Veranstaltung fand der gemeinsam mit dem Protokolldienst des Europäischen Parlaments ausgerichtete Gedenkgottesdienst statt. An dieser bewegenden Zeremonie nahmen der Präsident des Europäischen Parlaments, Antonio Tajani, und die Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments Livia Járóka, Dimitrios Papadimoulis und Pavel Telička sowie 13 Familienangehörige verstorbener Mitglieder und ehemalige und amtierende Mitglieder teil.

Roberto Gualtieri, Mitglied des Europäischen Parlaments und Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Währung (ECON), trat bei unserem Abendessen mit Diskussion als Gastredner auf. Er sprach darüber, wie sich die Arbeit des Europäischen Parlaments in den vergangenen Jahren entwickelt hatte. Auf seine Rede folgte eine lebhafte Aussprache mit unseren geschätzten Kollegen.

Auf der Mitgliederversammlung am 3. Mai wurde angekündigt, dass die Studienreise im Jahr 2018 nach Côte d'Ivoire führen würde. Ein herausragendes Programm mit Treffen mit den höchsten Stellen, Studierenden und Verbänden wird in Bälde abgeschlossen sein. Ab diesem Zeitpunkt werden Anmeldungen entgegengenommen.

Abschließend möchte ich all denjenigen danken, die zu dieser Ausgabe beigetragen und ihre Einblicke und Meinungen mit uns geteilt haben. Ich freue mich darauf, möglichst viele von Ihnen bei den kommenden Veranstaltungen begrüßen zu dürfen.

Mit freundlichen Grüßen

Vorsitzender des VEM

# Briefe an den Präsidenten

Lieber Vorsitzender,

ich schreibe Dir, um Dir viel Glück zu wünschen.

Du wurdest im dunkelsten Moment des europäischen Integrationsprozesses gewählt – es scheint gar, als ob er im Hinblick auf die auf Rechten beruhende Demokratie, die Wirtschaftsdemokratie und die solidarische Demokratie seine Schubkraft verloren hätte.

Trotz der um sich greifenden Demagogie des Separatismus, die nicht auf die Zukunft ausgerichtet ist, setzen sich mutige Frauen und Männer in Brüssel, Berlin und Paris weiterhin dafür ein, unsere gemeinsame Zukunft zu schützen.

Ich bin überzeugt, dass der Verein der ehemaligen Mitglieder unter Deiner Leitung in dieser von Bedrohungen geprägten Zeit einen noch stärkeren Schulterschluss mit jenen suchen wird, die sich für die erneuten Bemühungen um Europa einsetzen.

Die Ausrichtung des Vereins wird immer eindeutiger: Wir sind kein Zusammenschluss von „Heimkehrern“, die ihre Waffen niedergelegt haben. Wir sind viel mehr „Veteranen“, die in der Lage sind, die Tätigkeiten der aktuellen Mitglieder des Europäischen Parlaments mit ihrer Arbeit in der Öffentlichkeit, in Schulen und im Rahmen politischer Bewegungen zu unterstützen.

Wir sind – wie der biblische Wächter – zuversichtlich, in der dunklen Nacht die ersten Lichtstrahlen des Morgens zu erkennen. Ich wünsche Dir alles Gute!

Andrea Manzella  
PES, Italy (1994-1999)  
an.manzella@gmail.com

## Nostalgische Ecke

„Als Nicole Fontaine und ich beide Vizepräsidenten des Parlaments waren, erörterten wir während einer unserer Präsidiumssitzungen die kontroverse Frage, ob das Parlament nur einen einzigen Sitz in Brüssel oder weiterhin zwei Sitze haben sollte. Als Französin sprach sich Nicole nachdrücklich für die Beibehaltung von zwei Arbeitsorten aus, während ich für nur einen Arbeitsort eintrat. Während unseres Gesprächs antwortete ich auf eine Bemerkung von Nicole: „Das ist eine ungeheuerliche Aussage!“ Dies klang auf Französisch wie „Sie sind ein Ungeheuer“. Zum Glück konnte ich Nicole Fontaine nach der Sitzung überzeugen, dass ich das NICHT gesagt hatte. Nachdem ich ihr erklärte, dass sie elegant und gebildet und ganz bestimmt kein Ungeheuer sei, konnten wir unsere Freundschaft fortsetzen.

Dies sind die Freuden der Fehlinterpretation.“

Jack Stewart-Clark  
EPP-DE, United Kingdom (1979-1999)  
jsc@dundycastle.co.uk

# AKTUELL

## Der kommende langfristige Finanzplan der Europäischen Union und die Lektionen des 18. Jahrhunderts

Der nächste MFR-Planungsprozess, zu dem eine Diskussion über Eigenmittel gehört, begann schon an dem Tag, an dem der laufende MFR angenommen wurde (oder gar noch früher), was seit langem ein Dilemma ist, das nicht einfach zu lösen ist. Der HLGR-Plan von Monti ist nur einer der Lösungsvorschläge, wie Einnahmen erzielt werden können, ohne gegen den Grundsatz der Subsidiarität der Mitgliedstaaten zu verstoßen. Solange es aber keinen Beschluss des Europäischen Rates gibt, sind das alles nur wertvolle Dokumente für das Archiv der Europäischen Union.

Die vor uns liegenden Herausforderungen wie der Übergang zu einer Datenwirtschaft, die Erderwärmung und der einsetzende Frost in der Weltpolitik sind von einem anderen Kaliber als noch bei den Verhandlungen im Jahr 2013. Gleichzeitig deuten die Uneinigkeit der führenden Politiker in der EU, die Verdrängung der europäischen Politik durch eine nationale Politik und das virulente Phänomen der „Fake News“ allesamt auf langwierige und schwierige Verhandlungen hin, bevor eine Einigung erzielt werden kann. Dennoch sind sich die führenden politischen Vertreter Europas insgeheim darin einig, dass die EU immer noch die beste Alternative zu allen anderen Optionen ist. Darauf kann man aufbauen.

Kein Land stellt sich gegen den von Juncker weiter gefassten Rahmen, nämlich die Einbeziehung der von ihm eingeführten fünf Szenarien in die EU-Politik. Wenn aber die EU politische Maßnahmen finanzieren wird, die für alle Mitgliedstaaten von Bedeutung sind, muss auch das Narrativ geändert werden. Die Dichotomie zwischen Nettozahlern und Nettoempfängern wird mit neuen Haushaltslinien wie der für Verteidigung und Grenzkontrolle bedeutungslos werden, da diese Aufgaben eindeutig allen zugutekommen, jedoch ohne Gegenleistung sind. Gleichzeitig müssen alle Länder ihre Wettbewerbskraft stärken und somit auch bereit sein, mehr für die Digitalisierung aller Branchen (einschließlich der Landwirtschaft) über die Forschung und Entwicklung auszugeben.

Während man sich auf die Ziele einigen kann, ist man sich über die Mittel uneins. Niemand, außer den Empfängern (deren ureigenes Interesse es ist) sind bereit, mehr zu zahlen. Der EU werden nicht nur neue Aufgaben übertragen, sie muss diese in vielen Fällen auch noch mit EU-Mitteln anstelle von Beiträgen der Mitgliedstaaten erfüllen, ohne dass der EU-Haushalt entsprechend aufgestockt wird. Worte und Taten klaffen auseinander, was langfristig zu einem Vertrauensverlust und schwindenden Ressourcen auf nationaler und EU-Ebene sowie auch dazu führen wird, dass die EU auf der globalen Bühne immer mehr den Anschluss verliert. Währenddessen ist auch die Laufzeit des MFR Gegenstand heftiger Diskussionen geworden, was eine weitere Facette der Unsicherheit hinzufügt.

Von den Tagungen des Europäischen Rates in den Jahren 2017 und 2018 ging ein Signal des Zauderns aus. Die Europawahl zum Europäischen Parlament einschließlich der Wahl der

Mitglieder der Europäischen Kommission aus den Reihen der Spitzenkandidaten wird den MFR-Verhandlungsprozess unterbrechen. Entscheidungen müssen entweder vor oder nach der Wahl getroffen werden, und in beiden Fällen sind die Fristen sehr kurz, was bedeutet, dass ein konstruktives Vorgehen nur möglich ist, wenn der Europäische Rat nach Möglichkeit im Juni eine Entscheidung treffen kann.

Kaiserin Maria Theresia hielt am 11. September 1741 eine Rede vor dem Parlament in Preßburg (heute Bratislava), in dem sie den Adel um seine Unterstützung bat: „Das Fortbestehen des Reiches, unsere eigene Zukunft, die unserer Kinder und unserer Krone stehen auf dem Spiel“, woraufhin die Mehrheit der Adligen kritisch anmerkten: „Vitam and Sanguinem sed avenam non“ (Wir geben unser Leben und unser Blut, aber nicht unseren Hafer (Geld)), aber am Ende stellten sie die erforderlichen Mittel doch zur Verfügung, wenn auch im Gegenzug für Zugeständnisse. Anschließend regierte Maria-Theresia die Monarchie Österreich-Ungarn bis 1780. Heute ist die Europäische Union in ähnlicher Gefahr, und die Staats- und Regierungschefs müssen sich entscheiden. Unterstützung ist nötig, damit die EU und ihre Bürger geschützt werden können. Sind die Staats- und Regierungschefs bereit, ein Opfer dafür zu bringen, wenn auch im Gegenzug für Zugeständnisse?

Edit Herczog

S&D, Hungary (2004-2014)

[mrs.edit.herczog@gmail.com](mailto:mrs.edit.herczog@gmail.com)

## Brexit und die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Wenn man heute über die Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union spricht, kann man das nicht tun, ohne auch über den Brexit zu sprechen. Die Tatsache, dass Großbritannien die Europäische Union verlassen wird, ist ein gewaltiger Einschnitt. Das gilt auch für mich persönlich.

Den Europäischen Binnenmarkt haben wir gemeinsam mit unseren britischen Freunden aufgebaut. Damals habe ich zusammen mit meinen Freunden Basil de Ferranti, Fernand Herman, Dieter Rogalla und vielen anderen im Europäischen Parlament dafür gekämpft, die Grenzen zwischen den Mitgliedsländern der Europäischen Union niederzureißen. Ich weiß noch, mit welcher Begeisterung wir damals dieses Ziel verfolgt haben. Damals haben wir es erreicht, Margarete Thatcher zu veranlassen, für die Teilnahme am Binnenmarkt das britische Veto zu opfern. In vielen wichtigen Punkten trägt der Binnenmarkt auch die britische Handschrift. Darum empfinde ich jetzt die Trennung von den Briten als eine Amputation.

Jetzt aber gilt es, nüchtern analysieren, was dieses in der Realität bedeutet. Zunächst einmal entfallen fast 20% der Wirtschaftsleistung der Europäischen Union. Wir sind jetzt nicht mehr der größte, sondern eindeutig der zweitgrößte Markt der Welt. Das mindert unsere Fähigkeit, auf Augenhöhe mit den Vereinigten Staaten zu verhandeln.

Der Ärmelkanal wird wieder zu einer Zollgrenze wie in alten Zeiten. Der damit verbundene Bürokratismus ist unangenehm für uns, aber noch unerfreulicher für die Briten. Auch stehen

uns sehr schwierige Verhandlungen bevor über die Freizügigkeit der Arbeitnehmer, die irische Grenze und den zukünftigen Zugang Großbritanniens zum Europäischen Binnenmarkt.

Diese wirtschaftlichen Aspekte sind aber weniger wichtig. Langfristig schwerwiegender ist die Tatsache, dass sich die Gewichte innerhalb der Europäischen Union verschieben. Deutschland gerät noch mehr in eine Führungsrolle, die es nicht gesucht hat und die es allein nicht leisten kann. Darum wird die deutsch-französische Zusammenarbeit noch wichtiger. Daraus darf aber kein Direktorium entstehen, sondern die kleinen und mittleren Länder müssen mit einbezogen werden. Das neue Abstimmungsverfahren im Rat bietet dafür eine gerechte Grundlage, da es große und kleine Länder entsprechend der Zahl ihrer Bürger berücksichtigt.

## EU27

Die durch die Trennung von England entstandene Situation müssen wir nutzen, um noch einmal grundsätzlich darüber nachzudenken, wie dieses zukünftige Europa der 27 aussehen soll.

Wir müssen uns mehr als in der Vergangenheit auf die Bereiche konzentrieren, wo das gemeinsame Handeln eindeutige Vorteile bringt: Auf den gemeinsamen Markt, die gemeinsame Währung und die gemeinsame Außen- und Verteidigungspolitik.

Dafür brauchen wir keinen neuen Vertrag. Alles, was jetzt dringend zu tun ist, kann im Rahmen der heutigen Verträge geschehen. Die derzeitigen Probleme der Europäischen Union entstehen nicht durch die bestehenden Verträge, sondern durch die Art ihrer Umsetzung. Viele Probleme hätten wir nicht, wenn wir die Verträge eingehalten hätten.

Was wir als Bürger von der Europäischen Union erwarten sind in erster Linie Beiträge zu unserer Sicherheit und zu unserem Wohlstand. Dabei müssen wir uns der Tatsache bewusst sein, dass es Wohlstand ohne Sicherheit nicht geben kann.

Darum ist es notwendig, dass das Europa der 27 ein Europa der gemeinsamen Sicherheit werden muss. Die Vorschläge von Michel Barnier und Federica Mogherini für die nächsten Schritte auf diesem Weg liegen auf dem Tisch. Bemerkenswert ist auch, dass Ursula von der Leyen gefordert hat, die Wirtschafts- und Währungsunion zu einer Verteidigungsunion weiterzuentwickeln.

Allerdings fehlt mir in diesen Vorschlägen ein konkretes Projekt, welches gleichzeitig auch ein Symbol sein kann. Unterschätzen wir nicht die Kraft von Symbolen. Bei der Verwirklichung des Binnenmarktes waren es die Grenzschränken, die offene Grenzen nach innen und gemeinsame Grenzen nach außen anzeigten. Bei der gemeinsamen Währung sind es die Euromünzen, die jeder bei sich trägt und die auf der einen Seite ein Europäisches Symbol, auf der anderen Seite Symbole unserer Europäischen Nationen tragen.

Wenn es um die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik geht, kann ich mir derzeit kein stärkeres Symbol denken als das Eurocorps. Bei meinen Publikationen verwende ich immer wieder ein Bild des Eurocorps vor dem Europäischen Parlament. Darum habe ich auch vorgeschlagen, das Eurocorps in den Mittelpunkt der Europäischen Sicherheits- und

Verteidigungspolitik zu stellen. Es sollte unser konkretes Nahziel sein, dieses zu einem wirksamen Instrument der Europäischen Sicherheit und Verteidigung weiterzuentwickeln.

Langfristig werden wir aber nur dann Erfolg haben, wenn es uns gelingt, das Bewusstsein zu stärken, dass wir eine Schicksalsgemeinschaft sind. Wir sind und bleiben Deutsche, Franzosen, Spanier, Niederländer, Polen, Esten und Litauer. Aber nur wenn wir wissen und fühlen, dass wir dadurch auch gemeinsam Europäer sind, wird es uns gelingen, unsere Zukunft gemeinsam zu gestalten.

Karl von Wogau  
Secretary General of the Kangaroo Group  
[kwogau@aol.com](mailto:kwogau@aol.com)

## Der bedeutende Wandel in der Arbeitswelt

Die Gründe, die den tief greifenden Veränderungen in der Arbeitswelt zu Grunde liegen, sind vielfältig.

Die Globalisierung führte zur wirtschaftlichen Entwicklung in ärmeren Weltgegenden und verringert in beträchtlichem Ausmaß die Zahl der Menschen, die unterhalb der Armutsgrenze leben. Aber wegen der Tatsache, dass die Liberalisierung, die stattfand, nicht mit der Aufstellung von weltweiten Regeln insbesondere in den Bereichen Umweltschutz und Sozialschutz einherging, hatte dieser Prozess Auswirkungen, beispielsweise die Schwächung der europäischen Mittelschicht.

Die digitale Wirtschaft wird immer mehr zum Referenzpunkt für die Bestimmung der Wertschöpfungsketten und für die Schaffung von Wettbewerbsvorteilen, denn die Geschwindigkeit und der Umfang sind die Eckpfeiler der Wirtschaft dieses Jahrhunderts.

Die Unternehmen sind nicht mehr vertikal organisiert und sind dazu übergegangen, Vertragsbeziehungen aufzubauen, die es ihnen ermöglichen, sich weltweiter Wertschöpfungsketten und internationaler Talente für ihre Wachstumsstrategien zu bedienen.

Als Folge ist bei den Berufslaufbahnen ein Wechsel zwischen Beschäftigungsverhältnissen im privaten Sektor, im öffentlichen Sektor und in Nichtregierungsorganisationen, zwischen selbstständiger und angestellter Arbeit, zwischen Vollzeitarbeit und Teilzeitarbeit festzustellen, und die Mobilität wird stark ansteigen. Die Spannungen zwischen den neuen Formen der Einstellung und neuen Geschäftsmodellen und den traditionellen Formen der Einstellung werden sehr komplexe Fragen aufwerfen, die mit der Definition des Konzepts des Arbeitnehmers sowohl aus statistischer als auch wirtschaftlicher und rechtlicher Sicht zu tun haben. Das Konzept der Arbeit wird in Zukunft kein statisches Konzept sein sondern eine Art Regenschirm, unter dem Aufgaben auf verschiedene Art wahrgenommen und auch unterschiedliche Rechtskonstruktionen gewählt werden. In der Europäischen Union regeln

aber die vorherrschenden Rechtsvorschriften nicht die Folgen der Veränderungen, die in der Welt der Wirtschaft und der Arbeit stattfinden.

Zweifellos wird es diese Gesamtentwicklung ermöglichen, dass sich viele Möglichkeiten der Schaffung neuer Arbeitsplätze ergeben und die Produktivität in wissensintensiven Sektoren erheblich ansteigt. Aber weil diese Arbeitsplätze ein sehr hohes Niveau der Qualifikation erfordern, muss man auch die Kehrseite der Medaille sehen, die mit dem möglichen Anstieg der Ungleichheiten bei den Löhnen und mit den Risiken im Zusammenhang mit einem unterschiedlichen Zugang zum Sozialschutz zu tun hat.

Der beschleunigte Rhythmus der Veränderungen, mit dem wir es zu tun haben werden, birgt mehr Risiken als Möglichkeiten, und die Erfahrung zeigt, dass nur durch eine staatliche Politik, die auf Investitionen in Kompetenzen und Humankapital ausgerichtet ist, die Risiken gering gehalten und die Möglichkeiten gesteigert werden können.

Andernfalls werden die Ungleichheiten zunehmen. Bei der OECD schätzt man, dass die in jüngster Zeit festzustellende digitale Revolution zum Anstieg der Ungleichheit in den Ländern der OECD beiträgt und für mehr als ein Drittel der zunehmenden Einkommensunterschiede zwischen der obersten und der untersten Dezile verantwortlich ist.

Wir haben es mit einem Szenario zu tun, in dem die Ungleichheiten, wenn sie zunehmen, dazu führen werden, dass es zu einer politischen Entfremdung, sozialen Unruhen und einer Steigerung der Konfliktbereitschaft kommt, was eine nationalistische und fremdenfeindliche Haltung verstärkt, und soziale Bewegungen immer radikaler werden.

Dies ist somit eine enorme Herausforderung von großer politischer Priorität, weil die Werte, die den Wesensgehalt des europäischen Aufbauwerks ausmachen, in Gefahr sind.

Wir müssen uns der Tatsache bewusst sein, dass die Europäische Union hier Schiffbruch erleiden kann.

José Albino Da Silva Peneda  
EPP-ED, Portugal (2004-2009)  
[silvapeda@hotmail.com](mailto:silvapeda@hotmail.com)

## Ein neuer Wohlfahrtsstaat für Europa

Es gibt einen beunruhigenden Widerspruch im Prozess der europäischen Integration, der seit der Krise von 2008 zum Vorschein kommt, nämlich dass die Dominanz wirtschaftlicher und geldpolitischer Regelungen mit ihren unterschiedlichen Instrumenten, angefangen bei der EZB bis hin zu den Anpassungsprogrammen, EU-weit fortbesteht, dass sich die konkrete Sozialpolitik jedoch nach einzelstaatlichen Regelungen richtet. Die Folgen sind bis zum heutigen Tag in den divergierenden Wirklichkeiten spürbar, einhergehend mit einer kontinuierlichen Erosion des Wohlfahrtsstaats, Ungleichheiten und Unsicherheit, was dem sozialen Ansatz von Keynes zuwiderläuft. Darin besteht der Kern der Schwierigkeiten der Sozialdemokratie, seit 1973 – dem Jahr der staatlichen Fiskalkrise – wieder Oberwasser zu



gewinnen; es wird aufgezeigt, dass geld- und sozialpolitische Maßnahmen zumindest Hand in Hand gehen müssen.

Konkret geht es um die Herausforderung, die beiden Dynamiken in Einklang zu bringen, nämlich die geldpolitische technokratische in einem europäischen Umfeld und die soziale, wobei es Sache der parlamentarischen Politik ist, die Bedingungen für das soziale Wohlergehen EU-weit zu harmonisieren, sodass diese menschenwürdig sind. Dies wiederum erfordert in unmittelbarer Konsequenz, dass der Prozess zur Stärkung der Europäischen Union vorangebracht wird. Es scheint notwendig zu sein, ein Niveau der Entscheidungsfindung zu erreichen, durch das es möglich wird, europäische Mittel zur Gewährleistung von sozialem Schutz aufzuwenden, anders ausgedrückt, ein föderales Europa zu verwirklichen, in dem das Europäische Parlament mit neuen Befugnissen ausgestattet wird und neue Quellen der gemeinsamen Finanzierung erschlossen werden.

Solange in der EU weiterhin enorme Unterschiede beim Sozialschutzniveau bestehen, angefangen bei den öffentlichen Dienstleistungen bis hin zu Löhnen oder Renten, wird die Skepsis gegenüber der EU nicht schwinden, und auch die Europawahlen werden keinen Stimmungswandel bewirken. Die Zunahme populistischer und fremdenfeindlicher Einstellungen ist hierfür ein Indiz.

Deshalb stellt sich die Frage, ob wir in der Lage sind, die EU auf einen neuen Kurs zu bringen, oder ob wir uns weiterhin im Schnecken tempo der Zwischenstaatlichkeit fortbewegen. Es ist für mich nachvollziehbar, dass es schwierig ist, den bislang geltenden Mechanismus zu ändern, doch aufgrund der Dringlichkeit und Ernsthaftigkeit der Lage ist es ratsam, eine Strategie zu verfolgen, in deren Rahmen die Meinung der europäischen Öffentlichkeit stufenweise eingebunden wird, wenn es darum geht, die Möglichkeit einer föderalen Alternative auszuloten.

Das 19. Jahrhundert hat uns geschichtlich ein Beispiel gegeben, wie sich die einzelnen europäischen Länder ausgehend von einer multiregionalen Wirklichkeit in Richtung des Aufbaus gemeinsamer Staaten fortbewegt haben, deren Parlamente als Garanten der nationalen Souveränität auftraten. Ich denke, dass es jetzt an der Zeit ist einzugestehen, dass sich die Souveränität der europäischen Bevölkerung, deren Ausdruck das Europäische Parlament ist, ehrgeizigeren Zielen zuwenden muss. Es ist der Mühe wert, die gemeinsamen sozialen Rechte in Europa im Rahmen eines an Keynes orientierten Ansatzes zu verteidigen. Dem Europäischen Parlament alle geläufigen parlamentarischen Aufgaben zu übertragen (die Befugnis, Regierungen ins Amt zu bringen, den Haushalt zu genehmigen und Rechtsvorschriften auszuarbeiten) kann hierfür der richtige Weg sein.

Pedro Marset Campos  
GUE/NGL, Spain (1994-2004)  
[marset@um.es](mailto:marset@um.es)

## Der Geist von Soria

Vom 16. bis 19. Januar dieses Jahres fand in der Stadt Soria (220 km von Madrid entfernt, in der autonomen Gemeinschaft Kastilien und León) die jährliche Tagung des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) statt, an der über 250 Vertreter von über 130 000 lokalen und regionalen Regierungen in Europa teilnahmen. Unter dem Motto „Europa denken: Kompromiss 2030“ wurde über die europäische Strategie zur Umsetzung der Agenda 2030 im Rahmen der künftigen Kohäsionspolitik der Europäischen Union debattiert.

Soria liegt in der gleichnamigen wunderschönen Provinz mit annähernd 90 000 Einwohnern. Durch sie fließt der Fluss Duero, und sie kann mit einem mittelalterlichen Erbe sowie viel Natur und herrlichen Landschaften aufwarten. Dort findet sich zudem ein reiches kulturelles Angebot, darunter eine Architektur mit romanischen und gotischen Einflüssen, Renaissance-Palästen und barocken Klöstern, und musikalische Darbietungen. Ihren Einwohnern bietet Soria eine hohe Lebensqualität, nicht zuletzt durch eine hervorragende Gastronomie und gute Weine mit der Herkunftsbezeichnung Ribera del Duero. Bereits seit einigen Jahrzehnten hängt aber über der Provinz das Damoklesschwert des Schwunds, der Abwanderung und der Überalterung der Bevölkerung.

Vier Tage lang war „die vornehme und treue Stadt Soria“ Gastgeberin für politische Vertreter, Wissenschaftler und Journalisten, denen die europäischen Angelegenheiten und die Zivilgesellschaft am Herzen liegen. Sie allen fühlen sich der europäischen Idee verpflichtet, und sie treten für die Bewahrung und Stärkung unseres Wohlfahrtsstaats als Gesellschaftsmodell ein, der auf unseren gemeinsamen europäischen Prinzipien und Werten fußt. Dazu gehören der territoriale Zusammenhalt, die Gleichheit und die Solidarität. Das Ziel besteht darin, unser gemeinsames europäisches Haus zu einem festen Gebäude ohne Risse zu machen, das den Angriffen vonseiten der Euroskeptiker und Europagegner und der Bedrohung durch den Populismus widerstehen kann.

Deshalb müssen wir die Rolle der lokalen Regierungen stärken, die als Institutionen den Bürgern am nächsten sind und ihre aktive Teilhabe am politischen Prozess ermöglichen. Sie sind überdies die direkten Empfänger der Mittel aus den EU-Fonds. Das europäische Aufbauwerk ist auf die entschiedene Unterstützung durch diese lokalen und regionalen Institutionen angewiesen, damit die EU das Vertrauen ihrer Bürger genießt und glaubwürdig bleibt.

Im Jahr 2020 wird der gegenwärtige Programmplanungszeitraum des mehrjährigen Finanzrahmens enden. Danach beginnt eine neue Etappe, in der sich die EU neuen Herausforderungen wie den demografischen Problemen stellen muss, damit sie ihre Stellung als globale Macht behaupten kann. In anderen Regionen werden die wirtschaftliche Entwicklung, das Wachstum, Forschung und Innovationen sowie neue Technologien schon konsequent vorangetrieben. Wir Europäer müssen gemeinsam handeln, uns gesellschaftlich und territorial stärker zusammenschließen und das ändern, was bislang nicht so gut funktioniert, denn es gibt immer noch große Disparitäten zwischen einzelnen Ländern und Regionen.

Dafür müssen wir neue Variablen und Leistungsindikatoren einsetzen, mit denen wir uns ein klareres und realistisches Bild von der gegenwärtigen Lage verschaffen können. Nur so können wir die tatsächlichen Probleme erkennen und sie wirksam lösen. Wir wissen, dass die Probleme auf lokaler Ebene zu finden sind. Was wir brauchen, ist eine Kohäsionspolitik, die die Agenda für eine nachhaltige Entwicklung berücksichtigt. Dabei muss unter anderem der

Schwerpunkt auf die persönliche Entwicklung der Menschen, das Wirtschaftswachstum, die Nachhaltigkeit und demokratische und gerechte Institutionen gelegt werden.

Mit dem „Geist von Soria“ wurden die engen Beziehungen zwischen der EU und ihren Bürgern eindrücklich beschworen. Dafür bedarf es mehr Kohärenz und gemeinsamer Verantwortung auf allen institutionellen Ebenen.

„Wege entstehen erst beim Gehen.“ (A. Machado)

María Irigoyen Pérez  
S&D, Spain (2010-2014)  
[mirigoyenp@gmail.com](mailto:mirigoyenp@gmail.com)

## Afrofuturismus oder: Wie man Fluchtursachen wirklich bekämpfen kann

Migration und Flüchtlingsbewegungen halten die Länder der Europäischen Union in Atem. Von der Bereitschaft zu solidarischer Lastenteilung kann leider keine Rede sein.

An wohlfeilen Worten fehlt es allerdings nicht einschliesslich dem stereotypen Ruf „Fluchtursachen bekämpfen!“. Ja bitte, aber wie? Eine Ausstellung in der deutschen Stadt Dortmund, einst ein blühendes Zentrum der Schwerindustrie, heute eher ein Dienstleistungszentrum, hat unter dem Titel „Afrotech and the Future of Re-Invention“ eine eindrucksvolle Antwort gegeben. Zwanzig internationale Kunstprojekte und zwölf Tech-Projekte aus 22 Ländern gaben einen Einblick in die heutige Verbindung zwischen Afrofuturismus und alternativen technologischen Entwicklungen. Künstlerische Arbeiten mit spekulativen Narrativen mischten sich mit realen Erfindungen aus der Maker-Szene Afrikas. Beteiligt waren Künstler und Projekte aus Ägypten, Angola, Australien, Deutschland, Benin, Frankreich, Ghana, Grossbritannien, Italien, Kamerun, Kanada, Kenia, Niederlande, Nigeria, Portugal, Ruanda, Sierra Leone, Senegal, Südafrika, Uganda und den USA.

Unvoreingenommene Besucher haben schnell festgestellt, dass es Afrika nicht an Innovationskraft fehlt, aber oft an Geld für eine breite Verfügbarkeit, mit der sich eine flächendeckende Versorgung erreichen lässt. Ein „Rohstoff“, an dem es in Afrika wahrlich nicht mangelt, ist Sonne, also die Nutzung von Solarenergie. Ein Vorzeigeprojekt bei der UNO war der Kayoole Solar Bus aus ugandischer Produktion für den Einsatz im öffentlichen Nahverkehr. Der batteriegetriebene Bus hat 35 Sitzplätze und eine Reichweite von 80 Kilometern. Das inzwischen wohl bekannteste Projekt ist M-PESA in Kenia, mit dem sich Geldtransfers und bargeldloser Zahlungsverkehr per Handy abwickeln lässt. Unter Shiriki Hub verbirgt sich ein fahrbarer Solar-Kiosk, bei dem sich in stromlosen Gegenden über 30 Handys gleichzeitig oder andere Kleingeräte aufladen lassen. Mit Cardio Pad können in Kamerun per Tablet Herzdaten gelesen und mit Gesundheitstipps beantwortet werden, GiftedMom richtet sich an werdende und junge Mütter, für die es bei Schwangerschaft, Geburt und Nachsorge keinerlei medizinische Betreuung gibt. Sie sind vernetzt mit einem Gesundheitsdienst, der sie informiert und berät.

Der preiswerten Lebensmittelversorgung armer Menschen in Nigeria widmet sich der von einem Software-Ingenieur entwickelte Dienst Chow Berry, der den Nutzern mitteilt, welche günstigen Angebote es wo gibt und für kleines Geld abzuholen sind. Die angeschlossenen Supermärkte können so vermeiden, Überschüsse in den Müll zu werfen.

Eine kenianische Firma hat den Supa BRCK erfunden, einen batteriebetriebenen, extrem robusten WLAN-Router, der selbst in sehr ländlichen Gebieten offenen Internetzugang bietet, wasserdicht ist und bis zu zehn Stunden ohne externe Stromversorgung betrieben werden kann. In Südafrika kommt Robohand aus dem 3-D-Drucker, deren Finger durch Bewegung des Handgelenks gesteuert werden können. Diese Aufzählung liesse sich fortsetzen. Die Erfindungen sind massgeschneidert für Afrika, wären oft aber auch in Europa oder anderswo nutzbar. Viele Betreiber können nicht so expandieren, wie gewünscht, weil es an Geld fehlt und Spenden keine verlässliche Finanzierung versprechen. Die Projekte können der hohen Arbeitslosigkeit entgegen wirken, Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung ermöglichen, mangelnde Stromversorgung ausgleichen, Mobilität verbessern und vieles mehr erreichen, eben eine Verbesserung der Lebensumstände, also auch der Bekämpfung von Fluchtursachen.

„Afrika ist ein Markt, den der Westen auf dem Schirm haben sollte,“ sagt Jeff Maina, der Kreativdirektor von BRCK. Er ist überzeugt, dass Kooperationen und Partnerschaften in Zukunft von enormer Bedeutung sein werden. Solche Kooperationen global zu fördern, war denn auch das Ziel einer „Start-up Night! Africa 2018“ in Berlin. Ein Umdenken hat begonnen!

Karin Junker  
PES, Germany (1989-2004)  
[karin.junker@t-online.de](mailto:karin.junker@t-online.de)

## Malta: Kulturhauptstadt mit einer florierenden Wirtschaft und einem soliden Sozialprogramm

In diesem Jahr wurde Malta zur Europäischen Kulturhauptstadt erklärt; während alle möglichen Anstrengungen unternommen wurden, um den Erwartungen gerecht zu werden und die Wirkung dieser Plattform konkret zu maximieren, dauert der wirtschaftliche und soziale Fortschritt, der 2013 Einzug hielt, unvermindert an.

Dies wurde in der jüngsten wirtschaftlichen Zwischenprognose (Winter 2018) voll und ganz bestätigt, die von der Kommission bei der Überprüfung der maltesischen Konjunktur veröffentlicht wurde und nach der der private Verbrauch, der durch günstige Arbeitsmarktbedingungen gestützt wird, ein gestärktes Verbrauchervertrauen und ein höheres Nettoeinkommen die wichtigsten Impulse für das BIP-Wachstum sein dürften. In Bezug auf Wirtschaftswachstum, Schuldentilgung und ein hohes Beschäftigungsniveau spielen wir in Europa in der obersten Liga mit.

Internationale Agenturen sind davon überzeugt, dass die Aussichten gut sind; im jüngsten Ratingbericht von Standard and Poor's (S&P) wird das Lang- und Kurzzeitrating Maltas „A-/A-2“ bestätigt, und die Aussichten für die maltesische Volkswirtschaft werden erneut als „positiv“ bewertet.

In vielen Bereichen ist Wachstum zu verzeichnen, angefangen bei traditionellen Branchen wie Tourismus sowie be- und verarbeitendes Gewerbe bis hin zu Finanzdienstleistungen und digitaler Wirtschaft. Die Wirtschaft schafft neue Beschäftigungsmöglichkeiten, und die Arbeitslosenquote sank 2017 auf 4 %. Durch die von der Regierung durchgeführten Reformen wurde die Beteiligungsquote verbessert, insbesondere bei Frauen.

Die Beteiligung von Frauen am Erwerbsleben erhöhte sich von schwachen 37,7 % im Jahr 2008 auf beachtliche 54,4 % im diesjährigen zweiten Halbjahr. Die maltesische Regierung hat bei ihrem Bemühen, gezielt Frauen beim Eintritt in den Arbeitsmarkt zu unterstützen, die soziale Lage und die erschwerenden Umstände anerkannt, von denen insbesondere Frauen betroffen waren. Investitionen in unser Humankapital stellen den größten Vorteil Maltas gegenüber anderen Märkten dar.

Trotz dieser ermutigenden Wirtschaftslage hält die Regierung jedoch ständig nach neuen wirtschaftlichen Nischen Ausschau, um weitere Investitionen anzuziehen und mit der Diversifizierung der Wirtschaft fortzufahren. Die jüngsten Initiativen in diesem Zusammenhang sind das Gesetz zum Anbau von Cannabis zu medizinischen Zwecken und das unlängst vorgelegte Strategiepapier, durch das die maltesische Behörde für digitale Innovation eingerichtet werden soll. Diese Arbeit erfolgt parallel zur Ausarbeitung weiterer Rechtsvorschriften zur Herstellung von Rechtssicherheit auf dem Gebiet der Blockchain-Technologie und der Kryptowährungen.

Malta dürfte eines der ersten Länder sein, das diesem aufstrebenden Wirtschaftszweig Rechnung trägt, wie dies auch bei weiteren unternehmensfreundlichen Initiativen, etwa beim Gesetz zu Familienbetrieben (Family Business Act), der Fall war. Malta war das erste Land in der EU, das den Weg für Rechtsvorschriften über Familienbetriebe ebnete, wobei es Rechtsvorschriften eingeführt hat, denen zufolge die Verwaltung und Steuerung von Familienbetrieben sowie deren entscheidende Übergabe gefördert werden sollten. Mit diesen Rechtsvorschriften werden die Überlebenschancen von Familienbetrieben erhöht. Sie haben nicht nur für unsere örtlichen, sondern auch für europäische Familienbetriebe grundlegende Veränderungen bewirkt und werden dies auch künftig tun, weil sich Letztere nunmehr in Malta registrieren lassen können.

Malta hat auch im sozialen Bereich außergewöhnlich viel erreicht und ist beachtenswerterweise an dem Punkt angekommen, bei dem mit Fug und Recht behauptet werden kann, dass eine wirtschaftliche Entwicklung ohne eine damit einhergehende soziale Entwicklung nicht möglich ist. Die Kommission begrüßte in ihrem jüngsten Länderbericht Maltas solides Sozialprogramm. Sie wies darauf hin, dass Armut und soziale Ausgrenzung rückläufig sind und den Stand von 2008 erreicht haben, und stellte zugleich fest, dass Malta die erhebliche materielle Deprivation beinahe um die Hälfte verringert hat. Die Kommission zog die Schlussfolgerung, dass Malta seine sozialen Herausforderungen in Angriff nimmt und

die Maßnahmen zur aktiven Eingliederung stärkt. Die Lage ist hervorragend. Und das Beste kommt noch!

Claudette Abela Baldacchino,  
S&D, Malta (2013-2014)  
claudette.abelabaldacchino@ gmail.com

## Du hast unseren Hass nicht

Ich bekleide derzeit das Amt des Bürgermeisters von Manchester, einer der größten Städte Großbritanniens, die im Nordwesten Englands gelegen ist. Seit über einem Jahrhundert hat es in Manchester zahlreiche Einwanderungswellen gegeben, und die Bevölkerung setzt sich aus Menschen zusammen, die vielen unterschiedlichen ethnischen Gruppen und Glaubensrichtungen angehören. In Großbritannien hat der Bürgermeister traditionell keine Regierungsverantwortung, da der Stadtrat von Manchester eine die exekutive Gewalt ausführende Führungskraft hat. Der Bürgermeister ist ein gewählter Stadtrat, der von seinen Kollegen ausgewählt wurde, um das Amt des Bürgermeisters für ein Jahr zu bekleiden.

Als „erster Bürger“ der Stadt übt der Bürgermeister ein Ehrenamt aus und ist zugleich das zivile Oberhaupt von Manchester. Ich bin gewählter Stadtrat der Labour-Partei, war 15 Jahre lang MdEP für die Labour-Partei und Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion. Während der einjährigen Amtszeit nutzt der Bürgermeister sein Amt nicht für parteipolitische Zwecke, um alle Bürger zu vertreten. In den letzten Jahren haben die Bürgermeister von Manchester ein einheitsstiftendes Thema gewählt: Meine Wahl fiel auf das Thema „Zusammenhalt der Gemeinschaft und gegenseitige Achtung der unterschiedlichen Gemeinschaften und einzelnen Bürger Manchesters“.

Am 17. Mai 2017 wurde ich vom Rat in seiner jährlichen Sitzung als Bürgermeister gewählt. In meiner Antrittsrede sprach ich über das Thema des Zusammenhalts der Gemeinschaft. Nur fünf Tage später, am 22. Mai um 22.31 Uhr, wurde Manchester von einem grausamen Terroranschlag getroffen, als ein Selbstmordattentäter, dessen Tat von der Ideologie des IS geleitet war, gezielt Kinder, junge Menschen und ihre Eltern ins Visier nahm, als diese ein Popkonzert verließen. Bei diesem Anschlag kamen 22 unschuldige Menschen ums Leben, Dutzende wurden schwer verletzt und zwar auf eine Weise, die ihr Leben drastisch verändern wird.

Nachdem der Rat in den Stunden, die auf den Anschlag folgten, sofortige Unterstützung geleistet hat, organisierte er eine wunderbare, friedliche Mahnwache, die am folgenden Abend vor dem Rathaus von Manchester stattfand. Tausende Bewohner der Stadt Manchester – Menschen aller Glaubensrichtungen und auch Menschen, die keinem Glauben angehören – nahmen an der Mahnwache teil.

Bei der Eröffnung der Mahnwache versuchte ich, den richtigen Ton zu treffen, und äußerte mich folgendermaßen:

„Anlässlich dieser Mahnwache sind Bewohner Manchesters aus sämtlichen Bevölkerungsgruppen zusammengekommen, um den grausamen Anschlag der vergangenen Nacht zu verurteilen, der Opfer, unter denen zahlreiche Kinder und junge Menschen sind, zu gedenken und ihre Solidarität mit den Familienangehörigen zum Ausdruck zu bringen.

Unser Dank gilt den Einsatzkräften des Rettungsdienstes.

Die Bewohner Manchesters werden der Opfer auf ewig gedenken.

Wir werden den Terroristen trotzen, indem all unsere unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen geschlossen und in gegenseitiger Achtung zusammenarbeiten.“

Diese Worte fanden bei den Menschen großen Anklang, und die drei anderen Redner ließen ähnliche Botschaften verlauten. Am Ende der Mahnwache begannen die Menschen, „Manchester, Manchester“ anzustimmen, und ein überwältigendes Gefühl von Widerstand, Solidarität und Gemeinschaft war zu spüren.

In den Tagen, Wochen und Monaten, die seitdem vergangen sind, haben die Einwohner Manchesters die Einigkeit gewahrt. Ich möchte nicht übertreiben, denn es war ein Anstieg der Hassverbrechen zu verzeichnen, und es kam auch vermehrt zu Spannungen zwischen den einzelnen Bevölkerungsgruppen. An der Bewältigung dieser Probleme wird gearbeitet. Insgesamt ist die Solidarität der Menschen jedoch konstant geblieben.

Andere europäische Städte, darunter Städte, die selbst von Terroranschlägen getroffen wurden, bekundeten ihre Solidarität gegenüber der Stadt Manchester und boten uns ihre Unterstützung an. Nach dem Anschlag in Manchester hatte ich einen bewegenden Briefwechsel mit der Bürgermeisterin von Barcelona.

In meiner Funktion als Bürgermeister habe ich viel Zeit auf Mahnwachen, Konzerten, Zusammenkünften verschiedener Glaubensrichtungen in Kirchen, Moscheen und anderen Stätten der Religionsausübung verbracht. Ich lobe stets die Geschlossenheit, mit der die Bewohner und Gemeinden unserer Stadt reagiert haben, und es erfüllt mich mit Stolz, zum gegenwärtigen Zeitpunkt Bürgermeister der Stadt Manchester zu sein.

Eddy Newman

(PES, 1984–1999)

enewmaneddy@aol.com

# FOCUS

## Künstliche Intelligenz: Fluch oder Segen?

Die künstliche Intelligenz (KI) zieht immer mehr Aufmerksamkeit sowohl der politischen Vertreter als auch der Bürger in der ganzen Europäischen Union auf sich. Die Lenkungsgruppe des Europäischen Parlaments für die Bewertung wissenschaftlicher und technologischer Optionen (STOA) hat darauf reagiert und Veranstaltungen organisiert, Berichte veröffentlicht sowie Studien in Auftrag gegeben, um eine Debatte und entsprechende Folgehandlungen im Parlament und auch anderswo anzustoßen.

Darüber hinaus beschäftigte sich die STOA-Jahresvorlesung mit dem Thema „Medien in Zeiten der KI“. Im Mittelpunkt stand dabei die Frage, wie Algorithmen dazu verwendet werden, Informationen (und auch Falschinformationen) zu verwalten und gezielt zu verbreiten. Mit Hilfe renommierter Sachverständiger auf diesem Gebiet haben die Mitglieder der STOA-Lenkungsgruppe zudem erkundet, wie diese Algorithmen in den Dienst der Bekämpfung von „Fake News“ mittels entsprechender Gegenmaßnahmen gestellt werden können. Damit Forschungsanstrengungen im Bereich des Wissenschaftsjournalismus intensiviert werden, hat STOA ein Europäisches Wissenschaftsmedienzentrum ins Leben gerufen, eine wichtige Stelle für Vernetzung und Bildung und gleichzeitig ein wirkungsvolles Instrument für die Verbreitung von Wissen.

Im März 2018 hat STOA zwei Studien über Algorithmen in die Wege geleitet. Eine Studie widmet sich den Herausforderungen im Zusammenhang mit der Gestaltung und den technischen Aspekten von Algorithmen. Sie soll dazu dienen, politische Optionen zu entwerfen, die dem Europäischen Parlament dabei behilflich sein könnten, für mehr Rechenschaftspflicht und Transparenz bei den Algorithmen zu sorgen, die die Grundlage für viele Geschäftsmodelle und Plattformen im digitalen Binnenmarkt bilden, damit Schieflagen verhindert werden. Mit der anderen Studie soll ein Regelungsrahmen entworfen und vorgeschlagen werden, damit die Einhaltung grundlegender Standards der rechtlichen Ausgewogenheit von automatisierten Entscheidungen überprüft und sichergestellt werden kann, ohne dass dabei die Schlüsselattribute solch einer Entscheidung oder des Entscheidungsprozesses offengelegt werden.

Dass STOA sich aktuellen und künftigen Herausforderungen zuwendet, ist nicht neu. Bereits im vergangenen Jahr hat diese Dienststelle eine Arbeitstagung mit dem Titel „Müssen wir vor der Zukunft Angst haben? Ist es vernünftig, künstliche Intelligenz optimistisch zu betrachten?“ organisiert, auf der Redner über Themen wie Soziologie, Informatik und Philosophie referierten und mit ihrer jeweiligen Sichtweise auf die Zukunft der künstlichen Intelligenz einen Beitrag zum parlamentarischen Prozess leisteten.

Sie kamen aus vier verschiedenen Wissenszweigen und präsentierten eine große Bandbreite an unterschiedlichen Meinungen. Nach Ansicht des Informatikers Peter J. Bentley eignet sich



KI sehr gut für bestimmte Aufgaben, sie werde aber nie über den breiten Horizont verfügen, die nötig wäre, damit sie eine ernsthafte Bedrohung für die Menschheit darstellen könnte. Dem widersprach der Politologe Miles Brundage, der darauf hinwies, dass die künstliche Intelligenz beträchtliche und mannigfaltige Auswirkungen auf unser Leben haben könnte. Er plädierte dafür, bei der Entwicklung der künstlichen Intelligenz sorgfältig darüber nachzudenken, wie man deren Nutzen maximieren und gleichzeitig mit ihr verbundene potenzielle Probleme begrenzen kann.

Der Statistiker Olle Häggström schätzte die Wahrscheinlichkeit beträchtlicher negativer Folgen zwar als gering und bislang wenig erforscht ein, sie müssten aber dennoch wegen ihres potenziell hohen Risikos ernst genommen werden. Er warnte die Menschen davor, beim Betreten von Neuland grundlegende Fehler zu begehen. Schließlich lenkte der Philosoph Thomas Metzinger die Debatte von der Dichotomie zwischen Pessimismus und Optimismus in Richtung eines rationalen Risikomanagements. Er stellt mehrere politische Optionen vor und plädierte für eine internationale Zusammenarbeit und einen globalen Verhaltenskodex, damit künstliche Intelligenz in verantwortungsvoller Weise weiter vorangetrieben werden kann.

Im Anschluss an die Veranstaltung baten wir die vier Redner, ihren jeweiligen Standpunkt in einem Referat zu dem Thema näher zu erläutern. Die eingegangenen Aufsätze werden derzeit in einer Sammlung zusammengestellt, die in Kürze politischen Entscheidungsträgern und der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden soll. Das Dossier eröffnet dem Leser einen guten Zugang zum aktuellen Diskussionsstand über künstliche Intelligenz, insbesondere im Hinblick auf gegensätzliche Sichtweisen unterschiedlicher Lehrfächer. Ebenfalls vorgesehen ist die Veröffentlichung eines zugänglichen Überblicks über die breite Palette an verwendeten KI-Methoden, die damit verbundenen Chancen und Herausforderungen und über entsprechende politische Optionen. Gleichzeitig kann man sich über alle unsere Veranstaltungen auf der DTOA-Website informieren.

Wenn STOA gefragt wird, ob künstliche Intelligenz zu fürchten oder zu begrüßen ist, so können wir darauf keine schnelle Antwort geben, sondern wir unterstützen vielmehr hochqualifizierte Analysen und sprechen uns für eine angemessen sachkundige Debatte im Europäischen Parlament zu dem Thema aus. Die Abgeordneten, die Rechtsvorschriften zu dem Themenbereich erlassen sollen, erhalten Unterstützung durch vielfältige unabhängige, unparteiische und leicht zugängliche Analysen, die STOA bereitstellt, und es ist nun ihre (und unsere) Aufgabe, die richtigen Optionen daraus auszuwählen. Das Thema ist zugegebenermaßen sehr komplex, was bedeutet, dass die politischen Lösungen für die damit verbundenen Probleme auch nicht unbedingt einfach sein werden. Auf jeden Fall können die EU-Bürger aber davon ausgehen, dass die in Bezug auf künstliche Intelligenz zu treffenden Entscheidungen nicht auf einer simplen Gegenüberstellung von Fluch oder Segen beruhen werden. Dank der Tätigkeit von STOA und des sorgfältigen Umgangs der Abgeordneten mit der Faktenlage werden nur faire, belastbare und zukunftsweisende politische Ziele verfolgt.

Ramón Luis Valcarcel  
für STOA zuständige Vizepräsident des Europäischen Parlaments  
ramonluis.valcarcel@europarl.europa.eu  
@RL\_Valcarcel

## Ethik, künstliche Intelligenz und Hochleistungscomputer

Die künstliche Intelligenz (KI) entwickelt sich dank des Mooreschen Gesetzes gerade zu einer der umwälzendsten Kräfte der heutigen Zeit. Obwohl es die künstliche Intelligenz schon seit über 60 Jahren gibt, nimmt sie erst jetzt mit der aktuellen Datenflut (die Menschheit produziert jedes Jahr doppelt so viele Daten wie im Vorjahr und Prognosen zufolge wird das Internet der Dinge innerhalb der nächsten zehn Jahre auf 150 Milliarden vernetzte Sensoren zurückgreifen) und mit der Verfügbarkeit unglaublich hoher Rechenkapazitäten richtig Fahrt auf.

Das Umgestaltungspotenzial der KI wirkt sich nicht nur auf die Wissenschaft, sondern auch auf den sozialen, wirtschaftlichen und militärischen Bereich aus. Sie ist mittlerweile fast allgegenwärtig. Weltweit beginnt man darüber zu diskutieren, ob künstliche Intelligenz unsere Welt besser oder schlechter machen wird (so könnte sie zu Massenarbeitslosigkeit führen oder zur Herstellung autonomer Waffen genutzt werden). Insbesondere wächst unter den europäischen Bürgern die Angst, dass KI in vielen Bereichen des Alltags unkontrolliert und ohne moralische Bedenken verwendet werden könnte. Diese Furcht beruht teilweise auf überzogenen Spekulationen und auf der Auffassung, dass Regierungen und Unternehmen (nicht selten außerhalb der EU) die Kontrolle über unser Leben übernehmen. Man muss ja nur an die Milliarden Suchanfragen denken, die über sämtliche Google-Dienste erfolgen und Google einen beträchtlichen Echtzeit-Datensatz zur Verfügung stellen, über den es Dinge über uns erfahren und von jedem Einzelnen von uns, der die kostenlosen, auf KI beruhenden Dienste nutzt, ein einzigartiges Charakterprofil erstellen kann. Solche Dienste werden durch die stetige, massive Interaktion mit Daten effektiver und anscheinend auch intelligenter. Das gleiche gilt für Amazon, Alibaba, Apple, Facebook, Instagram und entsprechende andere Dienste, wobei die von ihnen verwendeten Algorithmen des maschinellen Lernens nicht geprüft werden können. Inzwischen haben diese Pioniere Gesellschaft bekommen. Viele andere Unternehmen bemühen sich nun auch, auf KI basierende Lösungen zu erarbeiten, deren Erfolg auf unseren (personenbezogenen), meist ohne unsere Zustimmung erfassten, Daten beruhen wird. Heutzutage muss es ein Grundrecht sein, ein KI-System dazu befragen zu können, wie es zu seinen Schlussfolgerungen gelangt ist.

Außerdem müssen wir uns dessen bewusst sein, dass es keine einfachen Antworten auf diese Fragen gibt, und wir sollten Vorsicht walten lassen.

Nicht zuletzt deswegen wird bei den Organen der EU ein echtes Interesse an einem klaren Verständnis der Entwicklungen in Bezug auf KI und deren Auswirkungen in Europa geweckt. Es wurde bereits vorgeschlagen, eine EU-Agentur für Robotik und künstliche Intelligenz einzurichten. Das Interesse an KI ist nicht in allen EU-Mitgliedstaaten gleich groß, und es liegt auf der Hand, dass ein einheitliches Vorgehen vonnöten ist, um Diskrepanzen und eine Fragmentierung des EU-Binnenmarkts zu vermeiden. Als Gesellschaft müssen wir all diese Ängste ernst nehmen, die tatsächlichen Grenzen der künstlichen Intelligenz verstehen und erklären können und angemessene Leitlinien ausarbeiten und durchsetzen, in denen der Mensch an erster Stelle steht. Wir müssen es außerdem vermeiden, die Worte der falschen Propheten nachzuplappern, die behaupten, die KI würde der Menschheit ein Paradies auf Erden bescheren.

Deswegen will die EU Expertenmeinungen einholen, um ethische, rechtliche, soziale, wirtschaftliche und kulturelle (ELSEC) Fragen einzubeziehen, die ein wesentliches und charakteristisches Element eines europäischen KI Ökosystems sind, das im Einklang mit Europas Haltung zu diesem Thema wächst. Dabei sollen u. a. folgende Fragen beantwortet werden: Wie kann man die Grenzen eines auf maschinellem Lernen beruhenden Systems quantifizieren? Mittels welcher Verfahren könnten Überprüfungs-, Validierungs- und Zertifizierungskriterien vereinheitlicht werden und was für eine Organisation bräuchte man, um sie durchzusetzen? Wie kann man eine faire künstliche Intelligenz erreichen, zu der alle gleichermaßen Zugang haben, von der alle in gleicher Weise profitieren können, bei der die Privatsphäre nicht verletzt wird und bei der für Transparenz gesorgt wird?

Bei der Nutzung von künstlicher Intelligenz sollte die charakteristische kulturelle und sprachliche Vielfalt in Europa so gut wie möglich geschützt werden. Allerdings hängt das künftige wirtschaftliche Überleben der EU davon ab, dass sie KI einsetzt und den Umgang damit meistert. Das gilt insbesondere, weil China, die USA und Japan massiv in KI investieren und unbestreitbare Fortschritte bei der wirtschaftlichen Nutzung von KI gemacht haben. Europa muss einen Weg finden, künstliche Intelligenz so zu gestalten und einzusetzen, dass alle Bürger und Mitgliedstaaten der EU davon profitieren, ohne dabei die Grenzen einer wahrhaft europäischen, die ELSEC-Kriterien berücksichtigenden Herangehensweise zu überschreiten. Was letztere anbelangt, so glaube ich, dass die EU eigene, sorgfältig formulierte Aussagen treffen muss, die in dieser Zeit des tiefgreifenden und raschen Wandels auch Gehör finden.

Ulises Cortés

Professor und Forscher der Technischen Universität in Katalonien

[ia@cs.upc.edu](mailto:ia@cs.upc.edu)

## Künstliche Intelligenz und die Dringlichkeit neuer Maßnahmen

Durch den Tod des Physikers Stephen Hawking wurden wir vor Kurzem an seine Mahnung erinnert, dass künstliche Intelligenz (KI) das Potenzial habe, unsere Zivilisation zu zerstören, und sich als das schlimmste Ereignis in der Geschichte der Menschheit erweisen könnte.

„Computer können theoretisch menschliche Intelligenz nachbilden und sie übertreffen“, sagte Hawking. „Erfolgreich eine tatsächliche künstliche Intelligenz zu erschaffen, könnte das großartigste Ereignis in der Geschichte unserer Zivilisation sein. Oder das schlimmste. Wir wissen es schlicht und ergreifend nicht. Wir können also nicht vorhersagen, ob sie uns unendlich helfen wird, ob sie uns ignorieren und auf ein Nebengleis schieben oder ob sie uns möglicherweise auslöschen wird.“

Wir beobachten bereits die ersten praktischen Anwendungen von künstlicher Intelligenz. Sie ermöglicht es Computern, bestimmte komplexe Aufgaben zu erledigen, wie z. B. die Planung

von Flügen und Zugverbindungen, die Auswertung medizinischer Bilder oder Siege über Schach und Go Weltmeister. Die Liste wird jeden Tag länger.

Bislang sehen wir vor allem hoch spezialisierte KI Anwendungen in bestimmten Fachbereichen, aber kürzlich besiegte AlphaZero, die für Computerspiele gedachte KI von Google Tochter DeepMind, das bislang beste Schachprogramm, nachdem sie sich das Spiel in nur vier Stunden beigebracht hatte.

Diese Art von Intelligenz ist immer noch recht eingeschränkt, da sie nicht über die abstrakten Berechnungen, die ein Algorithmus durchführt, hinausgehen kann. Dies wird sich mit der bevorstehenden Einführung von Quantencomputern und ihrer Fähigkeit, viele Millionen Befehle mehr pro Sekunde auszuführen als jeder vorherige Computer, jedoch drastisch ändern. Wir werden neue Methoden brauchen, um die riesigen Datenmengen, die sie produzieren werden, zu bewältigen und verstehen zu können. Künstliche Intelligenz ist dafür bestens geeignet. Auf seiner Website schreibt Google: „Uns ist besonders daran gelegen, Quanteninformatik für künstliche Intelligenz und maschinelles Lernen zu nutzen.“

Künstliche Intelligenz wird, in Kombination mit der autonomen Vernetzung von Geräten (Internet der Dinge), Robotern sowie der Interaktion zwischen Informationstechnologien und synthetischer Biologie, die Menschheit mit dem größten zivilisatorischen Wandel konfrontieren, den der Homo Sapiens jemals erlebt hat.

Leider sind die berühmten drei Robotergesetze von Isaac Asimov aus dem Jahr 1942 weder ausreichend, noch tragen sie dem Rechnung, was auf dem Spiel steht, denn das alles übertrifft die Science-Fiction-Szenarien der 1940er und 1950er Jahre bei Weitem.

Der Politikwissenschaftler Peter W. Singer schrieb: „Das größere Problem bei Robotern und Ethik ist jedoch nicht, ob Asimovs Gesetze oder Ähnliches dazu taugen, Maschinen herzustellen, die eine Moral haben (was ein innerer Widerspruch sein kann, da Moral sowohl die Absicht als auch das Handeln umfasst und nicht nur bloße Computerprogrammierung).

Wir müssen uns vielmehr mit der Ethik der Menschen hinter den Maschinen auseinandersetzen.“

In einer revolutionierten Welt müssen neue Regeln eingeführt werden, was wiederum ein Verständnis der neuen Technologie verlangt.

Das Europäische Parlament diskutiert diese Fragen bereits. So veröffentlichte die GD Interne Politikbereiche im Jahr 2016 eine Studie, in der einige künftige europäische zivilrechtliche Regelungen im Bereich Robotik unter rechtlichen und ethischen Gesichtspunkten analysiert und bewertet wurden. Im Februar 2017 nahm das Europäische Parlament außerdem den Bericht Mady Delvaux mit Empfehlungen zu zivilrechtlichen Regelungen im Bereich Robotik (2015/2103(INL)) an.

Diese positive Entwicklung muss weiterverfolgt werden und zu einer sehr viel breiter gefassten Agenda führen, bei der der Schwerpunkt auf den wirtschaftlichen und sozialen Folgen dieser immer schnelleren und tiefgreifenderen Veränderungen liegt. Außerdem

müssen Debatten über die nötigen Anpassungsmaßnahmen, den Schutz der Privatsphäre, soziale Inklusion und Menschenrechte im weiteren Sinne sowie Klimawandel, Umweltzerstörung und weitere Themen geführt werden.

Carlos Pimenta  
Portugal  
ELDR, EPP (1987-1999)

## Autonome Fahrzeuge – regulatorische und ethische Fragestellungen

Abgesehen von den jüngsten Rückschlägen – tödliche Unfällen mit Fahrzeugen, die sich im autonomen Fahrmodus befanden –, befinden wir uns zweifellos an der Schwelle zu einer Revolution in Bereich der Mobilität. Im nächsten Jahrzehnt wird es voraussichtlich soweit sein, dass vollautomatisierte Fahrzeuge auf den Straßen und auch in den Städten zirkulieren – mit Folgen für die Vergrößerung der räumlichen Freiheit vieler Personen (älterer Personen, nicht volljähriger Personen oder Personen, die nicht in der Lage sind, ein Auto zu fahren) sowie für den öffentlichen städtischen Raum (bisher für Stellplätze vorgesehene Bereiche werden in den Stadtzentren frei, da die Fahrzeuge gerufen werden können, wenn sie benötigt werden).

Die europäischen Organe sind sich der Tatsache bewusst, dass es mit Blick auf diese neue Realität einer Regelung bedarf, damit die Entwicklung hin zur autonomen Mobilität auf sichere Weise vollzogen werden kann – so haben beispielsweise die Verkehrsminister der Mitgliedstaaten bereits im April 2016 die Erklärung über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des vernetzten und automatisierten Fahrens angenommen, und die Entschließung des Parlaments vom 16. Februar 2017 mit Empfehlungen für die Kommission hinsichtlich der zivilrechtlichen Regelungen im Bereich Robotik bezieht sich auch in einigen Abschnitten auf autonome Fahrzeuge. Auch in einigen Mitgliedstaaten sind in der letzten Zeit Gesetzesänderungen eingeführt worden, beispielsweise in Deutschland, wo 2017 das „achte Gesetz zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes“ zur Zulassung von Kraftfahrzeugen mit hoch- oder vollautomatisierter Fahrfunktion (nicht jedoch von autonomen Fahrzeugen) verabschiedet wurde. Es sieht unter anderem vor, dass sich der Fahrzeugführer vom Verkehrsgeschehen abwenden darf, jedoch wahrnehmungsbereit bleiben muss, um Signale des Systems wahrzunehmen. Die mögliche Überarbeitung der Höchstgrenzen für die Haftung sowie der Schutz der im Zusammenhang mit dem automatisierten Fahren erforderlichen und anfallenden Daten zählen zu den hierbei auftretenden Fragen.

Die jüngsten Unfälle haben jedoch gezeigt, dass es nicht ausreicht, Fahrzeuge zu entwickeln und zu regulieren, sondern dass zunächst auch die Infrastruktur, die Kommunikation und der Verkehr geregelt werden müssen, damit die für das automatisierte Fahren erforderliche Sicherheit gewährleistet werden kann.

Zu den bedeutendsten Problemen zählen ethisch-rechtliche Fragen, die sich im Zusammenhang mit der Unvermeidbarkeit einiger Unfälle sogar beim automatisierten Fahren

stellen (zumindest während der Übergangsphase hin zur Zielquote von „null Unfällen“). Wie müssen die Fahrzeuge programmiert werden?

Diese Frage unterscheidet sich vom menschlichen Fahren: so geht es hierbei um automatisierte Systeme und nicht um die nachträgliche rechtliche Behandlung der Verantwortung für menschliche Entscheidungen, die intuitiv, innerhalb von wenigen Sekunden und unter hoher Belastung getroffen wurden. Soll beispielsweise ein Fahrzeug eher fünf Personen auf der Straße oder einen Fußgänger anfahren? Soll das Fahrzeug eher auf die Gegenseite ausweichen oder einen Frontalzusammenstoß verursachen? Soll es weiterfahren und dabei jemanden überfahren oder brüsk bremsen und dabei den Tod des folgenden Motorradfahrers verursachen? Beim Fahren stellen sich eine Reihe risikobezogener und daher ethischer Entscheidungen. Es ist unmöglich, nachträglich gefällte Urteile über menschliches Verschulden auf die Ex-ante-Programmierung der Systeme zu übertragen. Einige Länder haben Ethikkommissionen ernannt, die sich mit diesen Fragen befassen sollen (beispielsweise die Ethikkommission in Deutschland, die 2017 einen Bericht vorgelegt hat).

Es muss eine Lösung gefunden werden, die nicht von den Präferenzen der einzelnen Hersteller, Eigentümer oder Fahrer abhängig ist. Diese muss auf gemeinsam vereinbarten Regeln beruhen, beispielsweise der, dass die Programmierung zum Ziel haben muss, mögliche Opferzahlen, die nicht Bestimmbar sind, bereits im Vorfeld (und zum Wohle aller) so gering wie möglich zu halten und Materialschäden oder Tierschäden gegenüber Personenschäden vorzuziehen oder Materialschäden gegenüber Tierschäden vorzuziehen. Wenn Personenschäden gegeneinander abgewogen werden, muss die Bewertung der Schwere solcher Schäden gemeinsam bestätigt werden (ohne das Leben bestimmter Menschen nach Kriterien wie dem Alter oder gar der Risikobereitschaft vorzuziehen), wobei einem System Vorzug zu geben ist, das das Risiko im Vorfeld senkt, indem es die Wahrscheinlichkeit des Schadens mit der entsprechenden Schwere multipliziert.

In jedem Fall muss das Problem auch auf Unionsebene und nicht nur in den Ländern, in denen Fahrzeuge hergestellt werden, erörtert werden, damit die internationale Nutzung von autonomen Fahrzeugen nicht eingeschränkt wird und damit eine Abhängigkeit der Länder, die die „ethischen Präferenzen“ der Herstellerländer einführen, verhindert wird (schließlich kann es hier erhebliche kulturelle Unterschiede geben). Außerdem soll auf diese Weise insbesondere dafür gesorgt werden, dass die Einführung von Technologien im Bereich des automatisierten Fahrens – und in der Folge die mögliche Verringerung von Unfällen und Opfern – nicht gebremst wird.

Paulo Mota Pinto

Professor für Rechtswissenschaften an der Universität von Coimbra

Ehemaliges Mitglied der Assembleia da República

[paulomotapinto@gmail.com](mailto:paulomotapinto@gmail.com)

# AKTIVITÄTEN DER FMA

## EP TO CAMPUS PROGRAMM

### Vortrag an der Universität von Uclan

Uclan - University of Central Lancashire in Larnaca ist ein einzigartiges und innovatives Modell einer gleichzeitig zyprischen und britischen Universitätsausbildung. Es gibt enge Verbindungen zu Europa durch Jean-Monnet-module und das Erasmus + Programme. Erwartungsgemäß sind auch viele Studenten und Dozenten von internationaler Herkunft. Es ist gut möglich, daß gerade eine Insel am äußersten geografischen Rand Europas eine besondere Gelegenheit bietet für solch ein Experiment, und ich finde es sehr geglückt. Eine offene diskursfreundige Atmosphäre und ein hoher Standard für innovative neue Wege. Beeindruckend!

Am ersten Tag standen die Debatten mit den Studenten auf dem Campus im Vordergrund. Verschiedene Vorträge waren über den Tag verteilt und alle recht gut besucht. Haupt Thema war die europäische sozial- und beschäftigungspolitik, u.a. Junckers initiative der „europäischen Säule sozialer rechte“; erörtert wurden auch die Arbeitsweise des Parlaments und die möglichen Folgen des Breits. Die Studenten waren engagiert und gut vorbereitet.

Am zweiten Tag in Nicosia stand der roundtable mit Richtern der nationalen und internationalen ebene im Blickpunkt. Eröffnet wurde er durch den Präsidenten des Supreme Courts von Zypern. Der europäische Gerichtshof war vertreten durch Richterin Anna Marcoulli. Auch hier wurde der ähnliche

Focus thematisiert: wie können sozio-ökonomische rechte gefördert und geschützt werden in der gegenwärtigen Finanzkrise. In der folgenden Debatte wurde von den Studenten gefordert, daß die europäischen Gerichte (Luxemburg und Straßburg) die Bürger schützen vor den Belastungen, Die das „Trio“ auferlegt hat und daß es eine neu Ausrichtung der Politik geben müsse. Es war eine lebhafte und auch kontroverse Debatte.

Neben den offiziellen Themen des Programms gab es auch immer wieder Diskussionen zum Verhältnis EU/Türkei (konkret die Seeblockade im gasstreit, die gerade in dieser Zeit dort stattfand).

Ich nutzte die Gelegenheit zu einem kurzen Spaziergang in den türkischen Teil von Nicosia. Bereits von ca. 30 Jahren hatte ich die Stadt einmal besucht damals war die uno überall präsent und ein Besuch im Norden praktisch unmöglich. Mittlerweile hat sich viel verändert, aber mangelndes vertraut und Vorurteile - so schien es mir - existieren immer noch. Umso wichtiger für die EU, Projekte wie Erasmus + zu unterstützen.

Barbara Weiler

S&D, Germany (1994-2014)

[Barbara Weiler@gmx.de](mailto:Barbara.Weiler@gmx.de)

# ZUSAMMENARBEIT MIT DEM EUI

## Programm in Florenz

An einem kalten Morgen im Februar machte ich mich auf den Weg von dem bezaubernden Hotel in Florenz, in dem ich vom Historischen Archiv der Europäischen Union untergebracht worden war, zur prunkvollen Villa Salviati, die auf den Ruinen des Castello di Montegonzi aus dem 14. Jahrhundert erbaut wurde. Das Schloss, das für seinen Wein und Jasmin berühmt ist, befand sich über die Jahre im Besitz verschiedener reicher Italiener, Briten, Schweden und Amerikaner, bevor es im vergangenen Jahrhundert aufgegeben wurde. 2000 wurde es vom italienischen Staat für das Europäische Hochschulinstitut erworben. Es wurde vollständig restauriert und erstrahlt nun wieder in altem Glanz. In der Villa Salviati, die am Fuße eines mit Zypressen gesäumten Weges liegt, befinden sich unter einem kunstvoll angelegten englischen Garten und neben einer prunkvoll dekorierten Grotte mehr als 7 km Regalflächen für die Archivbestände der EU, darunter die Archive von Altiero Spinelli, Alcide De Gasperi und Paul-Henri Spaak.

Hier sollte ich Schülerinnen und Schülern des Liceo Artistico Alberti von meinem Leben als Mitglied des Europäischen Parlaments berichten und ihnen bei ihrem Projekt zu den Herausforderungen für Europa helfen. Dieter Schlenker, Direktor des Europäischen Hochschulinstituts, bat mich außerdem, mit einem Dutzend derzeit im Historischen Archiv tätigen Forschern über die Unterlagen aus meiner zwanzigjährigen Amtszeit im Parlament zu sprechen, die dort archiviert sind, und dabei vor allem auf meine Zeit als Vorsitzender des LIBE-Ausschusses (1999 bis 2001) und als Vorsitzender der Fraktion der Liberalen (2002 bis 2009) einzugehen. Darüber hinaus konnte mir die beeindruckend gut organisierte Archivarin Mary Carr bei meinen Forschungen zum Leben von Sir Russel Johnston weiterhelfen, der von 1973 bis 1979 Mitglied des Europäischen Parlaments und anschließend Präsident der Parlamentarischen Versammlung des Europarates war.

Das Historische Archiv lädt regelmäßig Schulen aus Florenz ein, seine Räumlichkeiten zu nutzen, und organisiert Veranstaltungen zur Förderung des europäischen Bewusstseins für ältere Schülerinnen und Schüler. Ich bin nur eines der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments, die das Glück hatten, an einer dieser Veranstaltungen teilnehmen zu dürfen, und würde diese Erfahrung den anderen Mitgliedern jederzeit empfehlen.

Graham Watson  
ALDE, United Kingdom  
(1994-2004)  
sirgrahamwatson@gmail.com



## Manchmal kommt alles ganz anders.....

Es war ein spannendes Vorhaben: meine Teilnahme am Lehrprojekt des Historischen Archivs der EU in Florenz. Gleich zwei Diskussionsrunden mit Studenten und Schülern zu den ganz praktischen Erfahrungen als Mitglied im Europäischen Parlament und zu speziell ausgewählten aktuellen Themen, wie Brexit, Migration, das Erstarren nationalistischer Bewegungen in (fast) ganz Europa sowie zur Zukunft der europäischen Integration. Alles auch noch sozusagen am Vorabend der Wahlen in Italien. Ich war fest entschlossen, mein Bestes zu geben, um deutlich zu machen, dass an einer starken, vereinigten und Frieden-stiftenden EU kein Weg vorbei geht angesichts der sich potenzierenden Herausforderungen in der globalisierten Welt.

Leider machte Mutter Natur einen dicken Strich durch diese Rechnung. Florenz wurde in der Nacht zum 01. März von einer Schneedecke überzogen, die das öffentliche Leben lahmlegte. Alle Schulen, Institute, Universität waren geschlossen. Busse und Züge fuhren nur noch sporadisch. Als bedauerliche Folge fielen meine beiden Diskussionsrunden ins sprichwörtliche Schnee-Wasser.

Glücklicherweise konnte ich aber doch noch das Historische Archive besuchen und mich von der dort geleisteten Arbeit und dem Engagement der Mitarbeiter überzeugen zu lassen. Ich muss gestehen, dass ich mich bisher mit deren Arbeit noch nicht tiefer beschäftigt hatte. Umso beeindruckender war das mögliche Stöbern in alten Akten, die direkte „Konfrontation“ mit Zeugnissen und Zeitzeugen der europäischen Geschichte. Manches davon ist bereits in Vergessenheit geraten, vieles nehmen wir heute als selbstverständlich hin.

Es ist ein unschätzbare Wert, wenn wir nicht erst heute daran denken, dass das Bewahren und Aufbereiten von Unterlagen nicht nur für uns sondern für nachfolgende Generationen unerlässlich ist. Sie dokumentieren Beweggründe, berührende Momente, Hoffnungen, das Erinnern an Menschen, die gestaltet, gestritten aber auch gelitten haben für ein Europa mit gemeinsamer friedlicher und respektvoller Zukunft.

Ein Besuch sei Forschern, Journalisten und Historikern für ihre nötigen Recherchen anempfohlen.

Mein Aufenthalt in Florenz bot zudem die gute Gelegenheit, mit meinen Erinnerungen und Erfahrungen als MdEP mitzuwirken, dass das Projekt „Mündlich überlieferte Geschichte“ ein Erfolg werden kann. Unter dem Dach des Europäischen Universität-Instituts (EUI) und in Kooperation mit dem Historischen Archiv sowie des De Gasperi Forschungszentrum will eine kleine Gruppe ehemaliger Beamter des EP, koordiniert von Alfredo De Feo mit einer Sammlung repräsentativer Berichte aus erster Hand beitragen, dass die Geschichte des Parlamentes persönlicher, bunter, umfassender dargestellt werden kann. Bereits mehr als 100 ehemalige Mitglieder haben ihre Teilnahme zugesagt. Die Ergebnisse sollen möglichst noch vor den nächsten Wahlen im Jahr 2019 in einem Buch repräsentiert werden, genau 40 Jahre nach den ersten direkten Wahlen zum Europäischen Parlament.

Es bleibt zu wünschen, dass noch bestehende Hürden genommen werden können, dass viele Ehemalige mit ihrem Erfahrungsschatz das Projekt bereichern und die nötige Unterstützung gerne gewährt wird.

Ich bin mir sicher, dass eine möglicherweise folgende gründliche Analyse der langjährigen Erfolge aber auch der Defizite einen wichtigen Beitrag für die zukünftige Arbeit des EP leisten kann. Dessen Stärkung und weitere Demokratisierung ist ein langgehegter Wunsch der europäischen Völkerfamilie.

Auch wenn es mir in Florenz versagt blieb, mit jungen Menschen lebhaft und direkt über Gegenwart und Zukunft unseres europäischen Gemeinschaftsprojektes zu diskutieren, bleibt mir die Erfahrung: es lohnt sich ungemein, gemeinsam daran weiter zu arbeiten, was unsere Ahnen vor mehr als 70 Jahren begonnen haben; getreu dem Motto: Nur wer sich seiner Vergangenheit vergewissert, hat ein offenes Herz für Gegenwart und Zukunft.

Gisela Kallenbach  
Greens/EFA, Germany (2004-2009)  
[Gisela\\_Kallenbach@yahoo.com](mailto:Gisela_Kallenbach@yahoo.com)

## **FORMER MEMBERS NETWORK**

### **Wir haben immer Paris**

Wachablöse an der Spitze der FP-AP, der paneuropäischen Vereinigung der ehemaligen Abgeordneten der nationalen Parlamente, des Europarates und des Europäischen Parlaments

Am 2. März 2018 hat die Generalversammlung der Vereinigung in Paris den Schweden Rune Rydén zu ihrem neuen Vorsitzenden für den Zeitraum 2018–2020 gewählt. Er folgt – in einem vorbildhaften Wechsel zwischen dem Süden und dem Norden – Lino Debono aus Malta nach, der dieses Amt seit 2016 innehatte.

Rune Rydén, der sich bei der Abstimmung gegen unsere österreichische Kollegin Ilona Graenitz durchgesetzt hat, war von 1976 bis 1998 Mitglied des schwedischen Parlaments und von 1994 bis 1995 Delegierter bei den Vereinten Nationen in New York. Im Laufe seiner beruflichen Tätigkeit war er ein hochrangiges Mitglied des Vorstands der Universität der Arktis (2001 bis 2015), Direktor des Instituts für Lateinamerika an der Universität Stockholm (1999 bis 2002) und Vorsitzender der Vereinigung der Wissenschaftler und Parlamentsabgeordneten (1988 bis 1999).

Anschließend hat die Versammlung einstimmig drei Vizevorsitzende gewählt: den Niederländer Jan Kees Wiebenga, den Italiener Dario Rivolta und – auf Vorschlag unseres

Delegierten Andrea Mazella – die Deutsche Brigitte Langenhagen, die ehrenamtliche Sekretärin unseres Vereins.

Der Verein der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments hat im Rahmen der FP-AP nun zum zweiten Mal diese ehrenvolle Würdigung erhalten (nachdem Karin Junker von 2012 bis 2014 Vizepräsidentin war).

Die Versammlung sprach sich außerdem deutlich gegen den Bericht über die Zukunft Europas aus, der vom Österreicher Walter Schwimmer vorgestellt wurde. Trotz einer ersten Überarbeitung infolge wichtiger Änderungsanträge verschiedener Vereinigungen – darunter auch des Vereins der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments – ist der Bericht nach wie vor von schwerwiegenden Unklarheiten und Unstimmigkeiten geprägt. Insbesondere kommt es darin aus unerklärlichen Gründen wiederholt zu einer Überlappung der Rollen des Europarates und der Europäischen Union. Ebenso wie zahlreiche weitere Kollegen haben die Vertreter des Vereins der ehemaligen Mitglieder betont, wie wichtig es ist, die historische Aufgabenteilung zwischen dem Europarat (kontinentale Plattform für den Schutz der Rechte und der Demokratie, insbesondere durch den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg und die Venedig-Kommission) und der Europäischen Union (Einrichtung mit wahrhaftigen Regelungsbefugnissen gegenüber den Mitgliedstaaten) beizubehalten. Es ist zu hoffen, dass der Bericht bei der nächsten Sitzung in Brüssel eine zutreffendere und realistischere Form annimmt, nachdem es nun zu dieser Unterbrechung gekommen ist.

Zum Abschluss der Tagung der FP-AP in Paris, die vom französischen Verband vorbildlich ausgerichtet wurde, fanden zwei wichtige kulturelle Veranstaltungen statt.

So konnten alle Mitglieder an einem außergewöhnlichen Besuch des historischen Hôtel de Ville (Rathaus von Paris) teilnehmen, das den beeindruckenden Plenarsaal des Pariser Stadtrates sowie zahlreiche prunkvolle Säle und insbesondere die große Bibliothek beherbergt, wo freundlicherweise als symbolische Geste Werke über die Länder aller Teilnehmer ausgestellt waren.

Anschließend bot uns der unermüdete Sekretär der FP-AP die Möglichkeit, eine der wichtigsten kulturellen Veranstaltungen von Paris zu besuchen: eine Ausstellung mit mehr als 200 Meisterwerken, die der Fondation Louis Vuitton (Louis-Vuitton-Stiftung) als Leihgabe des New Yorker Museum of Modern Art (MoMA) zur Verfügung gestellt wurden und nun in dem vom Architekten Frank Gehry entworfenen futuristischen Museumsgebäude gezeigt werden. Dabei handelt es sich um einen Beweis für die aufrechte und dauerhafte kulturelle Union zwischen den USA und Europa, die den atlantischen Ozean überspannt und mit Sicherheit stärker ist, als alle aktuellen politischen Unstimmigkeiten.

Brigitte Langenhagen  
EPP-ED, Germany (1990-2004)  
brigitte-langenhagen-cux@t-online.de

## Rückkehr in den VEM

Meine Erfahrung als gewähltes Mitglied des Europäischen Parlaments (1994–1999) in der Fraktion der Radikalen Europäischen Allianz (ARE), deren Vorsitzende Catherine LALUMIERE war, aber auch als gewählte Kommunalpolitikerin und berufstätige und in Vereinen engagierte Mutter, was zeitlich anspruchsvoll war, hat mich allmählich in dem Gefühl bestärkt, dass eine konstruktive Arbeitsgemeinschaft, die sich aus Mitgliedern mit unterschiedlichen Erfahrungshorizonten zusammensetzt, keinesfalls eine Utopie ist, sofern sie von einer Vision und gemeinsamen Werten beflügelt wird.

Im Europäischen Parlament lernen die Abgeordneten, einander zuzuhören, Argumente auszutauschen und sogar sich – stets mit Respekt – auseinanderzusetzen, und zwar unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit, Fraktion oder Geschlechtszugehörigkeit.

Doch dieser Geist fehlt leider in den herkömmlichen nationalen Politikapparaten, sei es auf rechter oder linker Seite, in denen bei der eigenen Positionierung immer häufiger nicht länger die Stichhaltigkeit von Ideen ausschlaggebend ist, sondern aus welchem politischen Lager diese herrühren.

Nach meiner Amtszeit im Europäischen Parlament habe ich mich dafür entschieden, von parteipolitischen Ränkespielen Abstand zu nehmen, ohne mich jedoch jemals von meinen Idealen oder meinem bürgerschaftlichen Engagement loszusagen.

Von Beruf aus Juristin brachte es mein persönlicher Werdegang mit sich, dass ich der konkreten Arbeit Vorzug einräumte, insbesondere im Rahmen einer Beratertätigkeit im Bereich der nachhaltigen Entwicklung, als Vereinsvorsitzende und bei der Wiederaufnahme eines Hochschulstudiums in Ernährungssoziologie.

Doch der zunehmend besorgniserregende internationale Kontext, religiöser Fundamentalismus und Terrorismus, die Verlockung zu Extremismus, Abschottung und Nationalismus und die selbst in Frankreich – der Republik der Aufklärung und der europäischen Ideale – auftretende Euroskepsis hat die engagierte Frau, die ich nie aufhörte zu sein, schlagartig auf den Plan gerufen.

Ohne zu zögern, bin ich daher der Bewegung „La République En Marche“ von Emmanuel MACRON beigetreten, und ich habe mir die Weltanschauung zu eigen gemacht, die dem visionären Charakter seines Engagements zugrundeliegt.

Seine neuartige Einstellung und sein kohärentes und realistisches Programm – jenseits von tradierten Verhaltensweisen und Trennlinien, jedoch in Bezug auf die Werte unnachgiebig – erschienen mir hoffnungsvoll.

Unser Staatspräsident steht vor allem klar auf den Grundfesten der Europäischen Union, durch die es uns möglich wurde, ohne Krieg zu leben, der Union der Menschenrechte, die sich sowohl dem Binnenmarkt als auch der Demokratie und der sozialen Gerechtigkeit verschrieben hat, und des geeinten und demokratischen Europa, das wir stärken müssen, um

die neuen globalen Herausforderungen, die Erderwärmung, den Terrorismus, die Migration, den digitalen Wandel usw. bewältigen zu können.

Zu einer Zeit, in der der Obskurantismus vielerorts in Europa fröhliche Urständ feiert, müssen wir hellichtig und ehrgeizig zugleich sein.

Dieser Gemütszustand bewegte mich dazu, mich dem VEM wieder anzunähern, der mir – entschuldigen Sie den Ausdruck – wie eine Versammlung alter Menschen erschien, die die Nostalgie eint... In Wirklichkeit bin ich dort jedoch auf etwas Schönes voller Dynamik, voller Reichtum im Austausch, auf ein unverbrüchliches europäisches Ideal gestoßen!

Prosaischer ausgedrückt, ich war sehr glücklich, dort meine früheren französischen Kollegen, aber gerade auch Kollegen aus anderen Ländern und unterschiedlichen politischen Bewegungen anzutreffen, wie Astrid LULLING oder Monica BALDI, mit denen ich (friedliche) Kämpfe ausgetragen habe...

An dieser Stelle möchte ich auch meiner Bewunderung für den Präsidenten Enrique BARON CRESPO Ausdruck verleihen, dessen Persönlichkeit und europäisches Engagement für die Qualität der Tätigkeiten und Debatten maßgeblich sind. Gleiches gilt für die Mitarbeiter des Sekretariats, die unglaublich hilfsbereit und aufgeschlossen sind, und insbesondere auch für Frau Elisabeth FONCK für ihr Fachwissen.

Ich bin davon überzeugt, dass unser „Rat der Weisen“ eine wichtige Rolle spielen kann, wenn es um die Stärkung des gemeinsamen Gefühls der Zugehörigkeit zur Europäischen Union geht.

In aller Bescheidenheit möchte ich einen Beitrag dazu leisten.

Christine MAYER  
ERA, France (1994-1999)  
c.mayer@wanadoo.fr